

Rede zur 100. Demonstration gegen den genozidalen „Krieg“ im Gazastreifen am 4.10.2025 (Dr. Detlef Griesche)

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitbürger am Rand, liebe begleitende Polizeibeamte

Am 20.10.2023 haben wir zum ersten Mal gegen die ersten Bomben und heftiger werdenden Schläge des israelischen Militärs demonstriert. Niemand konnte sich damals vor 2 Jahren vorstellen, wie brutal und unaufhaltsam die totale Zerstörung palästinensischen Lebens und der existentiellen Grundlagen weitergeht. Heute hat sich Israel in der ganzen Welt isoliert und vollzieht das, was ihr ehemaliger Kriegs-Minister Galant schon zu Beginn formuliert hat: es geht nicht um Rache für den 7.10. und den Überfall der Hamas, nein es geht um eine gute Gelegenheit wie seit Jahrzehnten um die Vertreibung und Vernichtung des palästinensischen Volkes aus ihrem Land. Hunderttausende in aller Welt protestieren, Regierungen der meisten Länder der Welt fordern die Anerkennung des Staates Palästina. Und jetzt kommt plötzlich der amerikanische Präsident um die Ecke und verkündet pompös einen 21-Punkte „Friedensplan“ und viele Staaten und Organisationen haben diesen „Trump-Plan“ im ersten Moment begrüßt als eine Chance. Und ja, wenn der Plan Realität würde, hätte das Morden in Gaza zunächst ein Ende - **und wer wollte das nicht!**

Jetzt hat die Hamas gestern Abend Teile des Plans akzeptiert, darunter vor allem die Freilassung der Geiseln. Wir sehen jubelnde Menschen in Palästina auf den Straßen zwischen Trümmern und Massen von banger Erwartung auf den Straßen Israels. Das wird hoffentlich zu einem ersten guten Ende führen, zumal der amerikanische Präsident Israel aufrief, das Morden in Gaza sofort zu stoppen als Voraussetzung die Geiseln und die Toten geordnet übergeben zu können. Auch andere Teile des Plans sind im Gegensatz zu bisherigen markigen Tönen neu: so, daß es nicht mehr um die

völlige Vernichtung von Hamas geht oder die Vertreibung aller Palästinenser aus dem Gazastreifen. Die absurden Ideen Trumps von einer Riviera in Gaza sind vom Tisch. Ein Waffenstillstand und eine vollständige humanitäre Versorgung und die Freilassung palästinensischer Gefangener ist nach den ersten Punkten des Plans lange erhofft und schafft die Möglichkeit, daß das Morden ein Ende findet.

Aber, trotz dieser positiven Punkte und der aktuellen Entwicklung seit gestern mehrten sich nach genauer Lektüre die Kritiker, die den wahren Charakter dieses Plans sehen. Der Plan ist wohl unter dem Druck der arabischen Staaten und der zunehmenden weltweiten Solidaritätsproteste mit dem palästinensischen Volk entstanden, nicht durch eine plötzliche Friedensorientierung des rassistischen Kabinetts in Israel, wie sich noch vor Tagen der Skandal der Kaperung der „Global Sumud Flotilla“ in internationalen Gewässern zeigte, wogegen wir uns am Donnerstag spontan auf dem Marktplatz versammelt haben. **Es zeigte wie auch die zunehmende Zerstörung Gaza-Stadt alles - nur keinen Schimmer von Friedensorientierung.**

Doch zurück zur Diskussion um den sog. Trump-Plan:

Das Problem des israelisch-palästinensischen Konflikts hat nicht erst mit den Terroranschlägen vom 7.10,2023 begonnen, es liegt in der „Heuchelei des Westens“ und der Diskrepanz zwischen Rhetorik und Realität. Das Gerede der politischen Klasse von gemeinsamen Werten, universellen Prinzipien und Rechtstaatlichkeit ist völlig abgekoppelt von der Realität. Jetzt schienen sich viele nach Veröffentlichung des Plans damit anzufreunden und begrüßten das als letzte Chance zu Frieden, obwohl das Wort Frieden nur am Rande auftaucht, bei der Benennung eines „Friedensrat“ im Punkt 9 des Papiers, ein „Board of Peace“, der Gaza verwalten soll. **Mit Forderungen der EU zu einer Konfliktregelung hat der Plan ohnehin nichts zu tun.** Er wurde

nach Gutdünken des amerikanischen Präsidenten und seiner Vertrauten verfaßt – auf der Basis eines Papiers des ehemaligen britischen Premierministers Blair, der schon im Irakkrieg eine unrühmliche Rolle gespielt hat. **Unter seiner Aufsicht soll ein Entwicklungsplan von Experten unter Hinzuziehung „gutmeinender internationaler Firmen“ entwickelt werden. Das wird wie Experten inzwischen formulieren ein „Experimentierfeld für Immobiliengeschäfte“. Ein „technokratisch, unpolitisches Komitee“ soll die Tagesgeschäfte in Gaza erledigen. (Punkt 9). Trump sieht offenbar auch ohne Vertreibung der Palästinenser den Gazastreifen als lukratives Experimentierfeld für Immobiliengeschäfte, urteilen Nahost-Experten. Er sieht den Gazastreifen am Ende als eine Art US-Mandat. Die Palästinensische Autonomiebehörde spielt als die derzeit weltweit noch anerkannte Repräsentanz der Palästinenser keine Rolle mehr, bis sie sich reformiert hat nach den Vorstellungen der neuen Herrscher. Die Schrumpfung einer dann von Experten geführten PA ist deutlich angelegt und erinnert mit der Führung durch ausländische Technokraten an das britische Mandat vor 100 Jahren. Das alles ist ein Modell neokolonialer Implementation.** Im ganzen Prozess spielen die Palästinenser mal wieder wie schon beim ungleichen Oslo-Prozeß, an den auch viele illusorische Hoffnungen geknüpft waren, keine Rolle! (Punkt 19). Auch das Westjordanland kommt in dem Plan nicht vor! Es wird viele weitere Fragen zur Umsetzung einzelner Punkte in der Praxis geben, bevor dieser Plan eine Chance hat, auch nur in Teilen Realität zu werden. **Vage bleiben viele Fragen:** Wie lange darf Israel eine Pufferzone im Gazastreifen beanspruchen, unter welchen Bedingungen würde sich Israels Armee zurückziehen und wohin? etc, etc. Auf Punkt 16 wird angedeutet, daß die israelische Armee den Gazastreifen nicht dauerhaft besetzen und annectieren darf.

Scheitert der Plan trotz aller dieser Bedenken und der ersten positiven Signale und Bewegungen seit gestern wird er in der langen Liste

gescheiterter Pläne und Initiativen stehen und es wird noch mehr Gewalt, Verbrechen und Tod in der Region geben.

Warum dieser Plan jetzt? Trump erklärte vor dem Treffen mit Netanyahu: es gäbe „nur einen Deal“ Das sagt eigentlich schon alles!

Und warum als eine Art letzte Hoffnung vor der endgültigen und restlichen Zerstörung und Vernichtung aller Palästinenser ? Die düstere beunruhigende Zukunftsaussicht und die Monstrosität der Verbrechen der israelischen Armee und der weltweite Widerstand auch von Ländern, die Trump noch braucht und die Etikettierung von Israel mittlerweile als Pariastaathaben ihn wohl dazu veranlasst, diesen Plan vorzulegen, der schlicht die Machtverhältnisse widerspiegelt und den Eindruck erwecken kann, als sei er die letzte Option für Frieden. So formulierte er dann auch im Beisein von Netanyahu, wenn der Plan nicht angenommen wird, hätte Israel freie Hand zu allem, was sie für nötig halten. Was bedeutet kann man sehen: was das israelische Militär dann täte, kann man aktuell in Gaza-Stadt beobachten. Da riefen sie auf, dass alle noch Verbliebenen sofort die Stadt verlassen sollen, ansonsten seien sie Hamas-Anhänger. Was für ein Zynismus: Kranke, Alte, Behinderte und Arme, die keine Chance haben, die Stadt zu verlassen als Terroristen einzustufen und zum Abschuss freizugeben. **Wer geglaubt hat, es gäbe keine Steigerung von brutaler Unmenschlichkeit: hier zeigt sich das Gesicht des von vielen hierzulande immer noch als demokratisch angesehene Israel. Es sind nicht die Bürger Israels, es sind nicht die Juden – es sind die Nachfolger der früher verbotenen faschistischen Kachpartei, die Israel jetzt prägen!**

Zum Schluss ein Wort zur deutschen Politik. Der Außenminister hat die Pläne begrüßt, gleichzeitig kündigt noch während der Invasion in Gaza Stadt unsere Regierung an, wieder Waffen zu liefern. Aber sie haben ohnehin nicht aufgehört Waffen zu liefern. Es ist bekannt, daß trotz der Aussage des Kanzlers vor Wochen, weiter Waffen geliefert wurden und zwar alle die vorher zugesagt

wurden. Nie hat es einen wirklichen Stopp gegeben! Am Mittwoch Abend sprach Ebu die absurde Deutsche Politik der bedingungslosen Staatsraison für Israel an. **Inzwischen kritisieren das nicht nur wir, sondern es gibt immer mehr Wissenschaftler, Rechtsexperten, die verdeutlichen, daß es jenseits der Staatsraison eine neue Politik der Verantwortung geben müsse. 170 Nahost-Experten werben für eine neue Nahost-Politik jenseits der Staatsraison“. Nichts kann die Grundsätze unserer Verfassung ausser Kraft setzen. Es ist mit der Zuspitzung des Nahost-Konflikts immer deutlicher geworden, dass die Staatsraison-Doktrin in ihrer heutigen Auslegung weder Deutschlands historischer Verantwortung noch seinen strategischen Interessen – entspricht – insbesondere der Aufrechterhaltung einer rechtsbasierten Weltordnung noch seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie Muriel Asseburg es gerade in der Bundespressekonferenz formulierte.**

Derzeit verstößt die Bundesregierung mit ihrer Aussenpolitik gegen die Verfassung und das Völkerrecht, denn dessen allgemeine Regeln sind laut Artikel 25 des GG Bestandteil des Bundesrechts . Obendrein hat sich Deutschland etlichen Regelwerken der EU, der Völkermordkonvention von 1948 und dem Vertrag zum Waffenhandel von 2013 verpflichtet.

Wir fordern die Regierung auf, halten sie sich endlich an die geltende Verfassung und die internationalen Verpflichtungen. Schluss mit der Beihilfe zum Völkermord.

Und zur Kaperung der Schiffsflotte „Global Sumud Flotilla“ mit 40 Schiffen und über 500 Parlamentariern, Anwälten und Aktivisten an Bord in internationalen Gewässern schon 70 Seemeilen vor der Küste fiel unserer Regierung auch nichts ein – im Gegensatz zu Protesten und konkreten Handlungen von etlichen Regierungen in der Welt, wovon einige sogar

Schutzmaßnahmen ergriffen. Oder, wie in Italien, wo die Gewerkschaften zum landesweiten Generalstreik aufgerufen haben.

Aber es gibt auch Hoffnung. In Berlin hatten wir erstmalig endlich auch eine größere Demonstration mit 100000 Teilnehmenden und gleichzeitig in Düsseldorf über 15000. Und mein Kollege und Nachfolger im Präsidium der DPG Jules El Khatib hat es richtig formuliert: „**Wir haben historisches geschafft, wir haben es der Regierung gezeigt, dass die Mehrheit diesen Genozid ablehnt. Bis dieser Genozid aufhört, werden wir und widersetzen.**“
So soll es sein!

Aber wir fordern die Bundesregierung auf:

- **Anerkennung des Staates Palästina**
- **Die Aussetzung jeder militärischen und polizeilicher Kooperation sei es in Form von Waffenlieferungen, Waffenexporten, gemeinsamer militärischer Forschung oder Polizeiausbildung**
- **Verbot von Importen aus den illegalen israelischen Siedlungen in der Westbank, Einstellung jeglicher Kooperation mit Institutionen und Einrichtungen in den Siedlungen oder solcher, die an der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik beteiligt sind**
- **Sanktionen gegen Siedler und israelische Politiker, die an der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik beteiligt sind**
- **Unterstützung der internationalen Gerichtsbarkeit**
- **Unterstützung der UNRWA und anderer in Palästina tätigen UN- und anderer humanitärer Organisationen,**

Palästina wird nie sterben und wir werden nicht nachlassen, zu demonstrieren!

Free Palestine! Free Palestine!

Ich danke Euch für Eure Geduld

Salam – bleibt friedlich –trotz allem

Es folgt noch eine ursprüngliche Seite, die aus Zeitgründen und zugunsten der allgemeinen politischen Entwicklung nicht vorgetragen habe – die aber Bremen intern wichtig als Botschaft wichtig wäre!

Doch ich bevor ich schließe, kurz an die Skandale vor der Haustür erinnern: Ihr erinnert Euch. Auf der Demo am 20.9. soll es 2 Vorfälle im Zusammenhang mit unserer Demo gegeben haben, die zur Festnahme von 1 Frau und weiteren 4 Tätern führten. Ich schrieb daraufhin, wie die Zeitung WK richtig berichtete einen Brief an den Innensenator mit der Aufforderung, richtig zu stellen, daß diese Vorfälle nichts mit der Demo zu hatten, da auch kein Teilnehmer und die am Schluß begleitenden Polizisten nichts dergleichen berichtet hatten, sondern eine spätere Polizeistreife. Bis heute gibt es kein Dementi, denn nach Auskunft aus der Innenbehörde sei das schwierig zu klären. Ein Skandal! In dem Bericht der Zeitung wurde auch der Vorsitzende der DIG zitiert und der hat sich zu der unglaublichen Entgleisung hinreißen lassen, „daß es regelmäßig verbale und körperliche Attacken mit Diebstahl auf die Mahnwachen“ gegeben hätte. Auf die Anfrage eines Journalisten, ob wir mit Vertretern von DIG und Jüdischer Gemeinde reden und ob es Versuche aus der Politik gibt, so etwas zu moderieren, habe ich deutlich gesagt: mit solchen Vertretern, die von Verständigung schwafeln, aber Hass und Lügen verbreiten, reden wir nicht. Bis heute ist von denen nicht ein Funken von Empathie für die zigtausend ermordeten Palästinenser zu hören, nur Hamas, Hamas, Hamas. Wir reden mit Juden, Juden unterstützen unsere Anliegen in aller Welt, wir sind gegen jeden Antisemitismus, aber mit diesen Leuten reden wir nicht. Besonders bedauerlich ist aber, daß, wie ich lese, am 7.10. die DIG gemeinsam mit der Bürgerschaft wie im letzten Jahr eine Gedenkfeier am Marktplatz abhält. Wo sind die Bremer

Politiker, die sich öffentlich auch an die Seite der Palästinenser stellen, jenseits der traurigen Fragestunde in der Bürgerschaft, wo zwar von LINKEN und SPD etwas moderatere Töne zu hören waren, ansonsten unerträgliche Tiraden, die auch nicht mehr mit Unkenntnis entschuldigt werden können. Und dieses angesichts von Umfragen, die besagen , daß 82% der deutschen Bevölkerung für eine Beendigung der israelischen völkerrechtswidrigen Okkupation und des genozidalen Kriegs in Gaza sind, wie auch 65 % für Anerkennung von Palästina - nach Politbarometer vom Freitag. Eine Schande für die bremische Politikerkaste, mit wenigen Ausnahmen, und der Missachtung, dass die meisten unserer palästinensischen Demonstranten bremische Staatsbürger mit Wahlrecht sind und hier ihre Steuern zahlen. **Wir haben ein langes Gedächtnis!**